

Saarbrücker Studien zum Privat- und Wirtschaftsrecht

Herausgegeben von Johann Paul Bauer, Michael Martinek
und Helmut Rübmann

Band 83

Norman Konecny

Der Verordnungsentwurf über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht

Meilenstein der europäischen Integration
oder Irrlicht der europäischen Politik?

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Kapitel 1: Einleitung – Problemaufriss und Gang der Darstellung	1
Kapitel 2: Rahmenbedingungen – Historische Entwicklung, Status quo und Bedeutung der europäischen Integration, der Angleichung des Privatrechts und des Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts	7
§ 1: Europäische Integration und Privatrechtsangleichung	7
A. Die europäische Integration	7
I. Begriffsbestimmung	7
II. Geschichtliche Entwicklung	8
1. Die Entwicklung der Union und der Verträge	8
2. Die Entwicklung der europäischen Integration als solche	10
B. Die Privatrechtsangleichung	12
I. Begriffsbestimmung	12
1. Strikte Abgrenzung zwischen „Rechtsangleichung“ und „Rechtsvereinheitlichung“	13
2. „Rechtsvereinheitlichung“ als Unterfall der „Rechtsangleichung“	14
3. Entscheidung für die vorzugswürdige Ansicht	16
4. Zusammenfassung	17
II. Geschichtliche Entwicklung	18
1. Gemeinschaftsgründung bis Jahrtausendwechsel	18
2. Rezeption und neuere Entwicklung	20
C. Bedeutung der Privatrechtsangleichung für die europäische Integration	21
§ 2: Der Verordnungsentwurf der Europäischen Kommission über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	23
A. Geschichte des Verordnungsentwurfs	23
I. Vorhergehende Projekte einheitlicher Rechtstexte	24
1. Die Ursprünge durch das Wirken <i>Rabels</i> und deren Folgen	24
2. Moderne Ansätze einheitlicher Rechtstexte	25

a) PECL, PICC, EVGB und Acquis	25
b) Der Draft Common Frame of Reference	27
II. Entwicklung hin zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht	28
B. Kursorischer Überblick über Konzeption und Regelungsgehalt des Verordnungsvorschlags	29
I. Inhalt der GEKR-VO	31
II. Inhalt des GEKR	32
1. Teil I. Einleitende Bestimmungen	32
2. Teil II. Zustandekommen eines bindenden Vertrags	32
3. Teil III. Bestimmung des Vertragsinhalts	33
4. Teile IV. und V. Verpflichtungen und Abhilfen der Parteien	34
5. Teil VI. Schadensersatz und Zinsen	36
6. Teil VII. Rückabwicklung	37
7. Teil VIII. Verjährung	37
8. Zusammenfassung	37
C. Mögliche Bedeutung eines Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts für die europäische Integration	39
I. Der identitätsstiftende Charakter von Privatrechtskodifikationen	40
1. Nationale Privatrechtskodifikationen in Europa	40
2. Der Einfluss der nationalen Kodifikationen auf die Bildung einer nationalstaatlichen Identität	42
II. Der identitätsstiftende Charakter bisheriger europäischer Projekte	43
1. Die Europäische Union	43
2. Der Euro	45
3. Schlussfolgerung	46
III. Perspektiven durch das Gemeinsame Europäische Kaufrecht	47
1. Übertragung der These von der identitätsstiftenden Wirkung privatrechtlicher Kodifikationen auf die europäische Ebene	47
2. Wirkung des GEKR auf die Entwicklung einer europäischen Identität	49
§ 3: Zusammenfassung in Thesen	50

Kapitel 3: Verfahrensrechtliche Hindernisse	53
§ 1: Die Rechtsgrundlage für das Gemeinsame Europäische Kaufrecht	54
A. Die möglichen Kompetenzgrundlagen	57
I. Art. 114 AEUV	57
1. Maßnahme	58
2. Rechtsangleichung	59
a) Die ablehnende Ansicht	61
b) Die befürwortende Ansicht	63
c) „Dritter Ansatz“: Rechtsangleichung keine Voraussetzung	66
d) Entscheidung für die vorzugswürdige Ansicht	66
e) Ergebnis	71
3. Präzisierung der übrigen Voraussetzungen durch den EuGH	71
a) Begriff des Binnenmarkts und der Binnenmarktkompetenz	72
b) Errichten und Funktionieren des Binnenmarkts als Zielsetzung	73
c) Tatsächlicher – objektiver – Binnenmarktbezug	73
aa) Das Vorliegen von Handelshemmnissen	75
i) Gleichlauf mit der <i>Keck</i> -Rechtsprechung?	75
(1) Der Anwendungsbereich der Warenverkehrsfreiheit	75
(2) Begründung der „Gleichlauf“-These	76
(3) Die Einordnung des Vertragsrechts nach der <i>Keck</i> -Rechtsprechung	76
(4) Ablehnung der „Gleichlauf“-These	78
ii) Bestimmung der maßgeblichen Kriterien	81
(1) Keine Binnenmarktrelevanz dispositiver Regeln?	82
(2) Empirischer Beleg von Handelsbeschränkungen	83
(3) Kritik an der empirischen Begründung	86
(4) Lösung des Problems	87
bb) Die Beseitigung der Handelshemmnisse durch das GEKR	88
i) Keine Beseitigung durch das GEKR	88
ii) Beseitigung durch das GEKR	90

iii) Entscheidung für die vorzugswürdige Ansicht	91
d) Art. 114 Abs. 3 AEUV als Kompetenzschranke?	94
4. Ergebnis	95
II. Art. 81 AEUV	95
III. Art. 169 Abs. 2 lit. b AEUV	97
IV. Art. 352 AEUV	97
1. Vertragszielverwirklichung	98
2. Im Rahmen der in den Verträgen festgelegten Politikbereiche	98
3. Erforderlichkeit	99
4. Subsidiarität der Rechtsgrundlage	100
5. Keine Vertragsänderung	101
6. Rechtsfolge: Geeignete Vorschriften	102
7. Ergebnis	103
B. Die Vereinbarkeit des Verordnungsentwurfs mit den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit	103
I. Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Subsidiarität	103
II. Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	104
C. Eigene Beurteilung und Erwartungen	105
I. Die zu erwartende weitere Entwicklung	105
II. Eigene Beurteilung	106
D. Zusammenfassung	108
§ 2: Das „Ausbremsen“ von Rechtsetzungsprojekten durch den rechtswissenschaftlichen und den rechtspolitischen Diskurs	110
A. Erfahrungen anhand bisheriger Rechtsetzungsprojekte	110
I. Beispiel 1: Das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz	110
1. Geschichte, wesentlicher Inhalt und Bedeutung	110
2. Ablauf des Gesetzgebungsprozesses und dessen Begleitung und Rezeption durch die Rechtswissenschaft	113
a) Kritik am SModG	114
b) Reaktionen auf die Kritik	117
c) Bewertung	119
II. Beispiel 2: Der Verordnungsentwurf über die Societas Privata Europaea	125
1. Entstehung, wesentlicher Inhalt und Bedeutung	126
2. Entwicklung des Projekts seit Veröffentlichung des Entwurfs und seine Bewertung durch Rechtswissenschaft und Politik	129

a) Entwicklung auf EU-Ebene	129
b) Behandlung durch Rechtswissenschaft und -politik	131
III. Schlussfolgerungen	135
B. Die Situation beim Verordnungsentwurf über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht – ein Déjà-vu?	136
I. Exemplarisch: Der Diskurs über die Rechtsgrundlage sowie Sinn und Zweck des GEKR	137
1. Die tatsächliche Rechtslage	137
2. Die Behandlung durch die Rechtswissenschaft	137
a) Situation in Deutschland	137
b) Situation in den übrigen Mitgliedsstaaten	140
3. Folgen des Diskurses	143
4. Nachtrag: Aktuelle Entwicklungen	144
II. Art und Weise des inhaltlichen Diskurses	145
1. Parallelen zur Schuldrechtsmodernisierung	145
a) Argumentationsstrang 1: „Kein Bedarf“	145
b) Argumentationsstrang 2: „Zu hohes Tempo“	148
c) Argumentationsstrang 3: „Rechtsunsicherheit“	151
d) Zusammenfassung	155
2. Parallelen zur SPE	157
a) Ähnlichkeiten des Diskurses	157
b) Bedeutung für die Fortentwicklung des GEKR	159
III. Schlussfolgerungen	164
§ 3: Zusammenfassung in Thesen	166
Kapitel 4: Materiellrechtliche Hindernisse	173
§ 1: Hypertropher Verbraucherschutz als Integrationsbremse	175
A. Die fehlgehende „Konsenshypothese“ hinsichtlich der Wahl des GEKR und ihre Folgen	175
I. Die dem Verordnungsentwurf zu Grunde liegende Vorstellung seiner Wahl – Konsens zwischen Käufer und Verkäufer	176
II. Die tatsächlichen Bedingungen seiner Wahl	177
III. Schlussfolgerungen	178
B. Die vorvertraglichen Informationspflichten bei b2c-Verträgen – zu viel des Guten	181
I. Übersicht über die Informationspflichten im Verordnungsentwurf	181

1. Abgrenzung der Arten von Informationspflichten im GEKR	181
2. Die Informationspflichten hinsichtlich der Vereinbarung zur Verwendung des GEKR	182
3. Die Informationspflichten zum Vertragsschluss innerhalb des GEKR	183
4. Die Unterschiede der Informationspflichten zwischen b2c- und b2b-Verträgen	185
II. Der – zweifelhafte – Nutzen von Informationsmodellen	186
1. Anwendungsfelder von Informationsmodellen	188
2. Zielsetzung von Informationsmodellen	188
3. Grenzen des Nutzens von Informationsmodellen	189
4. Übertragbarkeit der Forschungsergebnisse auf die Informationspflichten hinsichtlich der Verwendungsvereinbarung des GEKR	191
III. Die vorvertraglichen Informationspflichten hinsichtlich der Wahl des GEKR	192
1. Zielführung, Konzeption und Ausgestaltung	192
a) Informationen über die Verwendungsvereinbarung	192
b) Informationen über die Rechte aus dem GEKR	195
2. Tatsächlicher Nutzen	196
a) Informationen über die Verwendungsvereinbarung	196
b) Informationen über die Rechte vor Vertragsschluss	197
c) Informationen über die Rechte nach Vertragsschluss ...	198
d) Abschließende Hinweise und Ratschläge des Informationsblatts	200
3. Bewertung des Informationsblatts-Konzepts	201
4. Gegenkonzeptionen	202
a) Konzept 1: Inhaltliche Abänderung des Informationsblatts	202
aa) Kein Vorrang der Nacherfüllung	203
bb) Bestimmung des anwendbaren Rechts	205
cc) Last der Rücksendekosten bei Widerruf	206
dd) Kein Rechtsausschluss bei Mangelkenntnis	208
ee) Zusammenfassung	208
b) Konzept 2: Übermittlung nicht als Wirksamkeitsvoraussetzung	209

c)	Konzept 3: Vollständige Abschaffung des Informationsblatts	210
d)	Zu befürwortendes Gesamtkonzept	213
IV.	Die vorvertraglichen Informationspflichten innerhalb des GEKR	214
1.	Streichbare Informationspflichten	215
2.	Streitbare Informationspflichten	217
3.	Auswirkungen des Berichtsentwurfs	218
4.	Neukonzipierung der vorvertraglichen Informationspflichten: Wirklicher Bedarf und Verständlichkeit statt „information-overload“	218
a)	Informationen über das Widerrufsrecht	219
b)	Die besondere Bedeutung der Optionalität des GEKR	222
5.	Ergebnis	223
V.	Fazit	224
C.	Die Gleichrangigkeit der Rechtsbehelfe des Verbrauchers	224
I.	Derzeitige Situation im europäischen Privatrecht	225
II.	Lösung nach dem GEKR	226
1.	Modell des Verordnungsentwurfs	226
2.	Regelungsalternativen des Berichtsentwurfs	227
3.	Nachtrag: Aktuelle Entwicklung	228
III.	Bewertung und Auswirkungen auf die Akzeptanz des GEKR	228
1.	Bewertung des Konzepts des Verordnungsentwurfs	229
2.	Die Alternativen des Berichtsentwurfs als Verbesserung?	232
3.	Rückkehr zum Vorrang der Nacherfüllung	234
4.	Nachtrag: Bewertung der Fassung vom 26.02.2014	236
IV.	Fazit	236
D.	Weitere verbraucherrechtliche Problemaspekte	237
I.	Kein Gewährleistungsausschluss bei Mangelkenntnis bei b2c-Verträgen, Art. 104 GEKR	237
II.	Kein Gefahrübergang trotz Annahmeverzug bei b2c-Verträgen im Fernabsatz, Art. 142 Abs. 1, 3 GEKR	240
III.	Verpflichtung zur vom Kaufvertrag separaten Vereinbarung des GEKR, Art. 8 Abs. 2 GEKR-VO	242
E.	Fazit: Der Verbraucherschutz als Gretchenfrage	246

§ 2: Die Reichweite des GEKR	248
A. Die Anwendungsreichweite	248
I. Beschränkungen des persönlichen Anwendungsbereichs	249
1. Regelung nach dem Verordnungsentwurf	249
2. Bewertung der Regelung nach dem Verordnungsentwurf ..	249
3. Konzept zur Änderung	252
4. Nachtrag: Aktuelle Entwicklung	255
II. Beschränkungen des räumlichen Anwendungsbereichs	255
1. Regelung nach dem Verordnungsentwurf	255
2. Bewertung der Regelung nach dem Verordnungsentwurf ..	256
3. Notwendigkeit der Beschränkung aus Kompetenzgründen?	258
a) Binnenmarktbezug	258
b) Subsidiarität	260
4. Konzept zur Änderung	261
III. Beschränkungen des sachlichen Anwendungsbereichs	261
1. Regelung nach dem Verordnungsentwurf	261
2. Abänderung durch den Berichtsentwurf	262
3. Bewertung und Konzept zur Änderung	263
4. Nachtrag: Aktuelle Entwicklung	265
IV. Fazit	265
B. Die inhaltliche Reichweite des GEKR	265
I. Die Arten von Lücken im GEKR und ihre Abgrenzung voneinander	266
1. Interne Lücken	266
a) Rechtsnatur	266
b) Schließung interner Lücken	266
2. Externe Lücken	267
a) Rechtsnatur	267
b) Schließung externer Lücken	268
3. Abgrenzungsprobleme zwischen internen und externen Lücken am Beispiel des Art. 51 GEKR	269
4. Fazit	270
II. Bedeutung der internen Regelungslücken für die Zielsetzung des GEKR anhand des Problems der unbestimmten Rechtsbegriffe	270
1. Problem und Kritik	270
2. Bewertung	274

III. Bedeutung der externen Lücken für die Zielsetzung des GEKR	277
1. Verhältnis zwischen externen Lücken und Transaktionskosten	277
2. Behebbarer externe Lücken – was kann, darf und soll im GEKR geregelt werden?	278
a) Stichhaltigkeit der Begründung der externen Lücken ..	278
b) Tatsächliche Notwendigkeit	279
3. Bewertung	280
IV. Sonderfall: Regelung von Lücken im Rahmen der Klauselkataloge von Art. 84, 85 GEKR	281
V. Fazit	284
§ 3: Zusammenfassung in Thesen	285
Kapitel 5: Ergebnis	293
Literaturverzeichnis	301